

## Unser Kampf geht weiter!

- ▶ Großen Respekt vor Essenerinnen und Essener, die trotz Verwirrungen, Diffamierungskampagnen und Einschüchterungsversuche seitens der etablierten Parteien und IHK dem gemeinsamen Wahlauftritt der Bürgerentscheide, „Masterplan Sport stoppen“ und „Essen ist unser“, gefolgt sind.
- ▶ Große Anerkennung für alle Mitstreiterinnen und Mitstreiter, die seit mehr als einem Jahr ein politisches Zeichen für die wirklichen Interessen der arbeitenden Menschen in unserer Stadt gesetzt haben.
- ▶ Großes Dankeschön allen Wahlhelferinnen und Wahlhelfern, die sich über mehrere Wochen unermüdlich für eine Demokratie von unten eingesetzt haben.



Erst viele freiwillige Helfer/innen machten den Wahlkampf möglich.

Angesichts der geringen Beteiligung bei den Bürgerentscheiden mögen unsere Gegner in die Hände Klatschen und in ihrer Selbstherrlichkeit sich selbst feiern. Doch wir haben durch unser Engagement für den Erhalt unserer Sportstätten und gegen die Privatisierung unseres kommunalen Eigentums eine Bürgerbewegung von unten hervorgebracht, die von der politischen Landschaft unserer Stadt nicht mehr wegzudenken ist. Gerade angesichts der

Abstimmungsergebnisse, die nur an der demokratiefeindlichen hohen Hürde für Bürgerentscheide in NRW gescheitert sind, haben wir Grund genug, auf unser Engagement stolz zu sein. Wir haben jeden Anlass noch offensiver zu werden. Denn 50 bzw. 60 000 Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt haben uns ihre Zustimmung gegeben. Dies sieht Rolf Grotjohann, Vorsitzende der TuS Helene und Sprecher des Bürgerentscheids „Masterplan Sport stop-

pen“, als Grund genug, weiterzumachen: „Wir haben es geschafft, dass ein erheblicher Teil der Bürgerinnen und Bürger sich für ihre eigene Sache aktiv einsetzt. Wir haben in unserer Stadt seit langem wieder etwas zustande gebracht, worauf wir in den nächsten Jahren selbstbewusst aufbauen können. Größere Auseinandersetzungen für den Erhalt unserer Sportstätten und für unser öffentliches Eigentum liegen noch vor uns.“

## Wir waren ehrlich und authentisch

Die Unterstützer der Bürgerentscheide haben einen ehrlichen Wahlkampf geliefert. Der Oberbürgermeister Wolfgang Reiniger mag respektlos den Bürgerinnen und Bürgern, die für die Bürgerentscheide gestimmt haben, vorwerfen, sie wären den Initiatoren der Bürgerentscheide „auf den Leim gegangen“. Im Gegensatz zu ihm und den etablierten Parteien haben sie die Auseinandersetzung nicht auf Nebenschauplätze verlagert. Es wurde den Bürgerinnen und Bürgern offen dargelegt, worum es geht: Erhalt der Sportstätte und des kommunalen Eigentums in der Hand der Kommune. Sie haben nicht mit Unwahrheiten argumentiert, der Erfolg der Bürgerentscheide könne den Bau des Rot-Weiss-Stadions verzögern oder gar verhindern. Sie haben nicht wie die Industrie- und Handelskammer mit an den Haaren

herbeigezogenen Behauptungen die Öffentlichkeit hinter das Licht geführt, der Erfolg der Bürgerentscheide könne zur weiteren Verschuldung und damit zur Handlungsunfähigkeit der Kommune führen. Im Gegenteil wie es bereits aus den Erfahrungen vieler Kommunen bekannt ist, macht gerade die Privatisierung die Kommunen Handlungsunfähig. Privatisierung führt immer zur schlechteren und obendrauf teuren Versorgung. Deshalb haben die Initiatoren der Bürgerentscheide einsichtig argumentiert, dass die städtischen Betriebe in der Hand der Kommune bleiben sollen, damit sie der öffentlichen Kontrolle unterstehen. Sie haben den von den bürgerlichen Parteien in Wahlzeiten bekannte Schlamm-schlacht nicht wiederholt. Sie kommunizierten mit den Bürgerinnen und Bürgern nicht über die

Medien. Denn ihr Anliegen war das Anliegen aller Bürgerinnen und Bürger. Der gemeinsame Kampf der Bürgerentscheide war auch authentisch. Sie haben ihre Plakate, Flugblätter und Handzettel nicht von irgendwelchen Werbeagenturen kommerziell herstellen und verteilen lassen. Im Gegenteil sie haben alles mit eigener Phantasie, Kreativität und eigenem Engagement entwickelt. Deshalb hebt Herbert Bußfeld, Vorsitzender der Bürgerliste Nord und einer der Initiatoren der Bürgerentscheide, folgerichtig hervor: „Wir waren in jeder Hinsicht ehrlich und authentisch, worauf wir trotz alledem stolz sein können. Das soll heute mal eine der so genannten Volksparteien, die den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber längst entfremdet sind, in der Kürze der Zeit, die uns zur Verfügung stand, aus eigener Kraft schaffen.“

# Unsere Bürgerentscheide sind ein großer Erfolg

Gegen eine Koalition von Industrie- und Handelskammer, CDU, Grünen, FDP, großen Teilen der SPD darf man verlieren, oder wie in unserem Falle, nicht gewinnen. Das Quorum von 20 % der Wahlberechtigten wurde nicht erreicht, aber eine große Mehrheit von 50 bzw. 60 000 Ja-Stimmen, das ist schon ein Erfolg. Dieses Quorum ist willkürlich, es dient eher zur Abwehr von Bürgerentscheiden. In Bayern ist z. B. das Quorum in großen Städten wie Essen 10 %. In Baden-Württemberg liegt es bei 25 %. In Rheinland-Pfalz hingegen wurde es auf 30 % festgesetzt. Legt man es zu Grunde, so muss man alle Parteien im Rat der Stadt für gescheitert erklären, weil keine von ihnen bei der letzten Kommunalwahl das für Bürgerentscheide erforderliche Quorum erreicht hat.

## Reiniger demokratiefeindliche Genugtuung

Die geringe Wahlbeteiligung in Essen ist keine neue Erscheinung. Bei der letzten Kommunalwahl in Essen haben z. B. alle Parteien und Gruppen zusammen nicht einmal 50 % der Wahlberechtigten zur Wahl mobilisieren können. Unter diesen Umständen ist Oberbürgermeister Wolfgang Reiniger am wenigsten berechtigt von „Genugtuung“ zu sprechen. Seine Partei hat bei der letzten Kommunalwahl nicht mehr als



Zwei Aktivistinnen des Bürgerentscheids: Erika Gonitzewski (DKP) und Christian Hagedorn (TVG-Stele).

19,1 % der Stimmen aller Wahlberechtigten bekommen. Bei der Stichwahl hat er nur 21,3 % der Stimmen aller Stimmberechtigten bekommen. Zählt man die 5,2 % der Stimmen der Grünen hinzu, mit denen er zusammen regiert, so muss man feststellen, dass er gerade mal mit 26,5 % der Stimmen

der Wahlberechtigten die Stadt regiert.

## Unser Erfolg kann sich sehen lassen

An der Abstimmung über den Bürgerentscheid „Essen ist unser“ beteiligten sich 77 498 Essenerinnen und Essener. 49 692 von ihnen haben dem Bürgerentscheid zugestimmt. Das sind 64,1 %. Die Abstimmung über den Bürgerentscheid „Masterplan Sport stoppen“ veranlasste 77721 Bürgerinnen und Bürger zur Wahl zu gehen. Von ihnen stimmten 59882 für den Bürgerentscheid. Das sind glatte 77 %. Trotz der geringen Wahlbeteiligung hat der Bürgerentscheid „Essen ist unser“ nahezu 11 % der Stimmen aller Wahlberechtigten erhalten. Der Bürgerentscheid „Masterplan Sport stoppen“ konnte fast 13 % der Stimmen aller Wahlberechtigten für sich buchen. Als einer der Initiatoren der beiden Bürgerentscheide folgert Patrik Köbele: „Der Oberbürgermeister mag vor lauter Schadenfreude von „Genugtuung“ reden. Wir möchten zwar nicht vom Sieg reden, sehen uns aber durchaus berechtigt von einem großen Erfolg zu sprechen. Wichtiger noch, die 50 bzw. 60 000 Bürgerinnen und Bürger, die mit JA gestimmt haben, sind auch eine Verpflichtung, weiterzumachen gegen unsozialen Kahlschlag und Privatisierung.“

## Politische Teilnahme ist ein Grundrecht



Rolf Grotjohann (links, Sprecher der Bürgerbegehrens „Masterplan Sport“), und die beiden Vertreter von „Essen ist unser“, Patrik Köbele (Mitte, DKP-Ratsherr) und Claudia Jetter (rechts, attac), bei der Übergabe der Unterschriften an das Wahlamt.

Was kosten die Bürgerentscheide? Diese Frage wurde schon in der letzten Sitzungen des Rates diskutiert. Der SPD-Fraktions-

vorsitzende Reinhard Paß, der nun nach den Bürgerentscheiden opportun von einem „respektablen Ergebnis“ spricht, warf den Initiatoren der Bürgerentscheide damals vor, sie verursachten der Stadt unnötige Kosten. Jetzt schlagen die Vertreter aller etablierten Parteien in dieselbe Kerbe. Oberbürgermeister Herr Dr. Reiniger bedauert, dass das Geld für die Essener Bürger ausgegeben wurde, damit sie ihr Grundrecht auf politische Teilnahme wahrnehmen konnten. Sie verschweigen aber die Tatsache, dass die Kosten dadurch entstanden, weil die Mehrheit des Rates abgelehnt hat, den beiden Bürgerbegehren beizutreten. Gerade die großen Fraktionen im Rat der Stadt sollten sich in Sachen Kostenverursachung zurückhalten. „Sie haben durch die umstrittene Verlängerung des Fernwärmevertrages mit der STEAG auf Mehreinnahmen bis zu 150 Mio. Euro verzichtet“, kritisiert Karin Schnittker, die Vorsitzende der DKP-Essen: „Dass die

herrschenden Parteien in unserer Stadt die Wahrnehmung von Bürgerrechten aus der Sicht der Kosten-Nutzen-Kalkulation betrachten, das ist empörend und beweist eine antidemokratische Grundhaltung. Wer fahrlässig oder vorsätzlich auf Einnahmen in Millionenhöhe verzichtet, wie bei dem Steag-Deal, der stellt die Interessen eines Konzerns eindeutig über das Wohl der Menschen in unserer Stadt. Ich werde immer wieder Menschen und Initiativen ermutigen und unterstützen, die ihre Grundrechte wahrnehmen gegen soziale Grausamkeiten ohne Grenzen: Gegen Kürzungen oder Streichung der Mittel für Schulen, Horte, Jugendeinrichtungen, Sportstätten, sozialen Wohnungsbau. Wenn Essener der Meinung sind, dass die parlamentarischen Entscheidungen nicht dem Wohle der Bevölkerung dienen, steht die DKP an ihrer Seite.“